

**DA****DIREKTE AKTION**

anarchosyndikalistische Zeitung

Alle Jahre wieder . . .

... schwappt eine „Welle von Studierendenprotesten“ durchs Land: meist geht es um miese Studienbedingungen, Lehrkräftemangel, Verschlechterungen der Hochschulgesetze und immer wieder um die Einführung von Verwaltungsgebühren, Einschreibgebühren, Langzeitstudiengebühren und inzwischen sehr akut: allgemeine Studiengebühren.

Wer etwas genauer hinschaut, entdeckt noch viel mehr, was Anlass zu Protesten bietet: die Verschulung der Studiengänge durch Bachelor und Master, den zunehmenden Leistungsdruck, die Umstrukturierung der Lehrpläne zwecks angeblich verbesserter Berufsqualifizierung und die „Entschlackung“

von Resten kritischer Wissenschaft. Dazu kommt die Tatsache, dass der Zugang zu Bildung eben nicht so frei und gleich ist wie uns vorgegaukelt wird, dass immer weniger Studierende aus ökonomisch schwachen Familien studieren und von diesen umso mehr ihr Studium abbrechen, dass viele andere sich nur mit miserabel bezahlten Jobs finanziell über Wasser halten können und kaum noch zu ihrem Studium kommen. Manche Themen empören ziemlich viele, andere nur eine kleine Minderheit. Trotzdem: Wir, und nicht nur wir wollen, wie die Proteste immer wieder zeigen, gegen all das was tun. Nur was?

Fortsetzung auf Seite 2

Time to organize

Was ist eigentlich ein Bildungssyndikat? Eine Selbstdarstellung.

Wir haben uns in den Bildungssyndikaten organisiert, um gemeinsam für die **Verbesserung unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen** zu kämpfen. Als Lernende und Lehrende sehen wir uns aktuell mit gravierenden Verschlechterungen unserer Situation konfrontiert. Das betrifft zum einen unsere ökonomische Lage als Studierende, weil wir oft auf zunehmend knappe, unsichere, schlecht bezahlte und stupide Jobs angewiesen sind und zu alledem nun auch noch Studiengebühren zahlen sollen. Zum anderen gehen die Reformen auch an den Angestellten im Bildungssektor nicht spurlos vorüber: Lohndumping, Personalabbau und erhöhter Arbeitsdruck sind die Folgen. Der neoliberale Zugschnitt der Bildungspolitik zwingt uns zudem in Studiengänge, die mehr und mehr verschult und unflexibel sind und mit unserem Anspruch an Bildung nichts gemein haben: Es geht nur noch um möglichst effiziente Herstellung von „Beschäftigungsfähigkeit“ im global verschärften kapitalistischen Wettbewerb. Die Bildungsreformen sind ein Stück auf dem Weg zur Vermarktlichung unseres ganzen Lebens und der ganzen Gesellschaft sowie der Verfestigung des Klassengegensatzes und der ökonomischen Ausbeutungsverhältnisse.

Seit vielen Jahren wehren sich immer wieder Studierende, Lehrende, SchülerInnen und andere gegen die Verschlechterung ihrer Lern-, Lebens- und Arbeitsbedingungen. Wir stellen fest, dass die sporadischen, vereinzelt Proteste und die periodisch aufflackernde Demonstrationsswut meist nur Enttäuschung bei allen Beteiligten hinterlassen haben. Daraus wird klar,



dass es einer **organisatorischen Kontinuität** bedarf, um artikuliert Forderungen mit druckvollem Handeln zu unterstreichen und den Widerstand in den Alltag zu tragen (Anregungen für eine kämpferische Praxis finden sich auf der letzten Seite).

Die Bildungssyndikate haben sich als Branchenvereinigung in der Freien ArbeiterInnen-Union (FAU) gewerkschaftlich zusammengeschlossen. Mit unserer Form der Selbstorganisation verbinden wir die Möglichkeit, **Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzubrechen**, um der kapitalistischen Durchdringung der Gesellschaft wirksam etwas entgegenzusetzen. Wir organisieren uns also, um uns gemeinsam gegen Angriffe auf unsere Lebensstandards zu wehren, neue Freiräume und bessere Verhältnisse zu erkämpfen sowie eine grundlegende Umgestal-

tung von Bildung und Gesellschaft unter freiheitlichen und solidarischen Vorzeichen in Angriff zu nehmen. Das ist die grundlegende Idee des Anarchosyndikalismus, dessen Mitteln, Strategien und Ideen wir uns bedienen (für weiteres zum Anarchosyndikalismus siehe www.fau.org).

Wir organisieren uns basisdemokratisch, ohne Hierarchien und bezahlte Funktionäre – auf Grundlage einer überregionalen Vernetzung ohne Zentrale. Der dezentrale Aufbau gewährleistet konkrete Hilfe vor Ort, während die **föderative Vernetzung** uns hilft, über den eigenen, lokalen Wirkungsbereich hinaus koordiniert zu handeln. Auf diese Weise wollen wir solidarische Eigenverantwortlichkeit, Selbstbewusstsein und Initiative entwickeln sowie Machtkonzentration und Erstarrung vermeiden. Der Erfolg

der Bildungssyndikate steht und fällt mit dem Einsatz und der Phantasie der Mitglieder.

In der alltäglichen Praxis verfolgen wir in erster Linie ganz konkrete Ziele, die sich aus unseren Lebensrealitäten im Bildungsbereich ergeben. Das bedeutet also: **Gegenseitige Hilfe** bei Problemen mit Jobs und Arbeitgebern und Aktionen gegen die Zustände im Bildungsbereich vor Ort, wo wir selbst davon betroffen sind. Unser Leitbild ist die direkte Aktion. Das heißt: Wir versuchen nicht, über Gremien und StellvertreterInnen unsere Forderungen zu artikulieren, sondern direkt zum Ziel zu kommen. Das geht vom Einfordern von Löhnen von säumigen Arbeitgebern – mal reicht eine briefliche Mahnung, mal ist mehr nötig – über Arbeitskämpfe in Billiglohnklitschen bis hin zu Besetzungen oder Blockadeaktionen an der Uni. Darüber hinaus wollen wir Möglichkeiten alternativer Bildung fördern und praktizieren.

Bildung heißt für uns lebenslange Weiterentwicklung von **Persönlichkeit und Wissen** und muss für alle Menschen in vollem Umfang zugänglich sein. Das gegenwärtige Bildungssystem schafft jedoch eine autoritätsfixierte sowie leicht zu funktionalisierende Masse, orientiert auf Leistung und Konkurrenz, und stellt mit seinen Selektionsprozessen eine wesentliche Instanz bei der Reproduktion von Klassenverhältnissen dar – eine Tendenz, die sich derzeit verstärkt. Insofern das Bildungssystem ein Rad im kapitalistischen Getriebe darstellt, ist hier auch ein Ort, an dem der gesellschaftliche Kreislauf von Gehorsam und Funktionieren aufgebrochen werden kann. Um diese Auseinandersetzungen wirkungsvoll zu führen, müssen wir die Spaltungen zwischen Lehrenden, Lernenden und Angestellten aufheben – kämpferisch und solidarisch.

www.BILDUNGSSYNDIKAT.de

Fortsetzung von Seite 1

Wenn es an der Basis rumort, erheben sich auch die gewählten und selbsternannten StudierendenvertreterInnen von ihren AStA-HochschulpolitikreferentInnensesseln und Politgruppenhinterzimmerendlosstrategieplena, halten flammende Reden und wissen, wo's langgeht. Genauso wie die Themen ändern sich die Aktionsformen seit Jahren nur wenig: Die Bildung zu Grabe tragen, mit ihr baden gehen, in der Fußgängerzone für sie das letzte Hemd geben, aktiv streiken und dem Bildungsminister mit Unterschriftenlisten oder auch ganz individuellen Protest-Emails tüchtig einheizen.

Meist ebbt dieser Aktionismus aber nach ein paar Wochen oder Monaten sang- und klanglos ab, hinterlässt keine politischen Spuren außer ein paar folkloristischen bis empörten Medienberichten über die kreativsten und radikalsten Protestaktionen und vielen frustrierten Studierenden, die in der nächsten Runde erst gar nicht mehr aktiv werden, sondern abwinken mit dem Hinweis, dass es ja sowieso nichts bringen würde. Mal abgesehen von einer schweigenden Minder- oder Mehrheit, die mit der Augen-zu-und-durch-Mentalität gleich zu Hause bleibt: Woran liegt's?

Ein großes Defizit sehen wir in der fehlenden organisatorischen Kontinuität:

es fällt auf, dass sich außerhalb von Streikzeiten nur sehr wenige Studierende organisieren, und die bestehenden Gruppierungen und Organisationsstrukturen in der Regel von Stellvertreter- und Funktionärsgeist geprägt sind, aber kaum über eine widerständige Alltagspraxis verfügen. Deren AktivistInnen, oft mit einem ausgeprägten Hang zu medienkompatiblem Auftreten, treffen daher zumeist auf eine Mehrheit junger Studierender mit wenig Organisationserfahrung.

Uns kommt es hingegen auf eine widerständige Alltagspraxis an, und die fehlt an der Uni meist genauso wie am studentischen Arbeitsplatz. Wir versuchen in diesem Heft daher, bildungspo-

litische Analyse und Ansätze einer anarchosyndikalistischen (in etwa: antihierarchisch-basisgewerkschaftlichen) Praxis bezogen auf Uni und Bildungsbereich zu verbinden.



Agenda 2010 im Bildungswesen

Der Bologna-Prozess: Produktion von Wissen und Herstellung von Humankapital im Mittelpunkt

Mit dem Bologna-Prozess schlägt sich im Bildungswesen die europäische Agenda 2010 (Lissabon-Erklärung von 2000) nieder, in der es heißt: Die EU solle sich zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt“ entwickeln. Die Auswirkungen dieser Regierungsoffensive sind in allen Branchen zu spüren. Aus dem Sozial- und Krankenwesen ließe sich das „Qualitätsmanagement“ als Beispiel anführen, aus dem Bereich der Sozialversicherungen die Hartz-Gesetze I-IV, aus dem Transport- und Kommunikationswesen die verschiedensten Privatisierungstendenzen vom Out-Sourcing bis zur Börsennotation.

In allen Bereichen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens dient „der freie Markt“ als Modell oder Richtschnur. Dementsprechend sollen in den Hochschulen vor allem „arbeitsmarktrelevante Qualifikationen“ vermittelt werden, um die Zahl der hochqualifizierten ArbeiterInnen und die Produktivität in der EU zu erhöhen. Im selben Zuge soll die Umgestaltung der akademischen Landschaft nach den Maßgaben von „Autonomie“ und Konkurrenz, die in der Drittmittelwerbung zum Ausdruck kommen, forciert werden. Um Qualität und Vergleichbarkeit der akademischen Ausbildung zu gewährleisten, greifen die MinisterInnen auf ein Modell des „freien Marktes“ zurück: die externe Evaluation. Diese Aufgabe wird derzeit von sechs Akkreditierungsagenturen (zumeist gemeinnützige Vereine) wahrgenommen, die von der Bundesstiftung Akkreditierungsrat zugelassen werden. Die von der Hochschule konzipierten BA/MA-Studiengänge werden von einer Agentur geprüft und zertifiziert – die Kultusministerkonferenz (KMK) will dabei besonders die „Beteiligung der Berufspraxis“, um deren Bedürfnisse es letztlich geht, sichergestellt wissen. Dieser Vorgang, der bisher in den Aufgabenbereich der Landesverwaltungen fiel, kostet die Hochschulen zwischen 10.000 und 15.000 Euro pro Studiengang, und muss alle fünf bis sieben Jahre (vielleicht vereinfacht und mit Preisrabatt) wiederholt werden. Zahlreiche Universitäten, so z.B. die Universität Leipzig, versuchen, den Kostendruck zu reduzieren, indem sie im „Cluster-Verfahren“ verwandte Studiengänge gruppenweise akkreditieren wollen.

Nicht nur die Hochschulen müssen im Zuge des Bologna-Prozesses mehr Geld aufreiben: Wer mit dem Bachelor einen ersten Hochschulabschluss erlangt hat und zur Minderheit derer gehört, die den Master anschließen, muss in diesem Zweitstudium die vollen Beiträge zur Krankenversicherung bezahlen – während KommilitonInnen in den alten Stu-

diengängen bis zum 14. Semester zum ermäßigten Tarif von 56 Euro versichert sind.

Mit dem Kopf durch die Wand

Die Einführung der neuen Studienstruktur ist der wichtigste Gradmesser für den Fortgang und die Probleme des Prozesses und soll beispielsweise an der Uni Leipzig zum Wintersemester 2006/07 beschleunigt werden, wenn, von drei oder vier Studiengängen abgesehen, keine Einschreibungen zu Magister, Diplom oder Lehramt mehr vorgenommen



... außer Lukaschenko (Belarus) sind alle mit dabei, sogar der Papst!

werden. Die mit der Reform verbundenen Einschränkungen scheinen jedoch noch nicht ganz in der Entscheidungsebene angekommen zu sein. In Leipzig sollen die weit über einhundert angebotenen Studiengänge weiterhin frei miteinander kombiniert werden können, während der Gesetzgeber die nachweisbare „Studierbarkeit“ der neuen Studiengänge innerhalb der Regelstudienzeit verlangt. Beide Ansprüche zu verbinden, erscheint bei der Menge an Fächern unmöglich – die Verwaltung steht vor Problemen, die tief in die bestehenden Strukturen an der Universität eingreifen. Daneben sind es auch die Professoren, welche der Reform im Weg stehen: Zum einen, weil sich mit vielen von ihnen eine an die Grenzen der zeitlichen Kapazitäten gehende Verteilung von Lehrveranstaltungen kaum realisieren lässt, zum anderen, weil der Standardisierung von fachlichen Inhalten durch individuelle Forschungsschwerpunkte Grenzen gesetzt sind – oder umgekehrt. Spätestens hier zeigt sich, dass die Vergleichbarkeit der Studiengänge, von den Verfechtern der Reform als Hauptargument für Bologna angeführt, eine Farce ist: Sie wäre selbst innerhalb eines Bundeslandes kaum erreichbar, für die Bundesrepublik oder Europa jedoch gänzlich undenkbar, heißt es selbst von

offizieller Seite hinter vorgehaltener Hand – zu unterschiedlich seien die jeweiligen Rahmenbedingungen und zu vielfältig die Möglichkeiten, ein Studienfach mit Inhalten zu versehen.

Uns betrifft's ja nicht – oder doch?!

Auf der Bühne öffentlicher Auseinandersetzung bleibt es dennoch recht ruhig: Viele Studierende der bisherigen Studiengänge wännen sich von den Umstrukturierungen unberührt, das Interesse ist gering. Klar, dass das Studium heute mehrheitlich als Ausbildung begriffen und durch „Bologna“ gerade mit Blick auf den Arbeitsmarkt angepasst wird. Aber es sind häufig die unscheinbaren Neuerungen, die da Bedeutung erlangen und in den Sonntagsdeklarationen der „Verantwortungsträger“ doch unerwähnt bleiben. So das Diploma Supplement (DS): Dieser Zusatz zum Abschlusszertifikat wird den Studienverlauf im Einzelnen – Kurs für Kurs – beschreiben und soll via „Transparenz“ für den Arbeitgeber die „Beschäftigungsfähigkeit“ des/der AbsolventIn erhöhen. Konkret bedeutet ein solches Ergänzungsblatt (vgl. www.uni-leipzig.de/studref/ds.html), dass einem potentiellen Arbeitgeber detailliertere Informationen als bisher zur Verfügung stehen – folglich wächst das Interesse der Personalchefs am DS, obwohl bisher nur 44 Prozent der BA/MA-AbsolventInnen ein solches Formular vorlegen konn-

ten. Die Umsetzung liegt bei den Hochschulen selbst, gleichwohl es erklärter Wille der Bologna-Bildungsministerien (Konferenz 2003 in Berlin) ist, dass alle Studierenden, die 2005 oder später ihren Abschluss machen, zum Bewerbungsgespräch diesen Röntgenapparat mitbringen können.

Zwar wurde die Lohnfrage bei bisherigen Untersuchungen ausgespart, doch es ist zu erwarten, dass der neue Regelabschluss Bachelor mit Verweis auf die kürzere Ausbildungszeit und geringere Qualifikation auch die Löhne senken wird. Auf die Debatte im öffentlichen Dienst wies z.B. der Rektor der Uni Leipzig, Franz Häuser, Anfang 2004 hin: „... ich bin doch kein Verfechter von dieser Sache! Was glauben Sie, was ich mir den Mund französisch geredet habe, dass es nicht sein kann, wenn wir Bologna-Beschlüsse bei der Pädagogischen Fakultät und bei der Erziehungswissenschaft einführen, nur um die Besoldung der Lehrer runterzuziehen? [...] Weil man sagt halt, wenn man nur drei Semester...äh drei Jahre studiert hat, dann kriegt man weniger Geld als einer der fünf oder sechs ...“ (14.1.2004) Spätestens in wenigen Jahren ist also, vermittelt über den Arbeitsmarkt, mit einem Einfluss der Studienstrukturreform auch auf heutige AbsolventInnen zu rechnen.

Die gravierendsten Auswirkungen wird der Bologna-Prozess aber gewiss auf die LehrerInnen haben, deren Ausbildung teilweise schon auf das BA/MA-Modell mit „lehramtsorientiertem Profil“ umgestellt ist. Der Eintritt in den regulären Schuldienst soll, so der aktuelle Stand, erst als „Master of Education“ (M.Ed) möglich sein – was macht dann aber die Mehrheit derer, die aufgrund der Quotenregelung der KMK nicht ins Master-Studium gehen können? Beim

Fortsetzung auf Seite 4

Der „Bologna-Prozess“

Angestoßen wurde der Reformprozess im Bildungswesen 1999 von 29 EU-Bildungsministern – seit Mai 2005 beteiligen sich 45 Staaten an dem Projekt. Erklärtes Ziel ist es, bis 2010 einen einheitlichen „europäischen Hochschulraum“ zu schaffen, in dem „Wissen produziert“ und „die arbeitsmarktrelevanten Qualifikationen“ sichergestellt werden. Zentral ist die Umstrukturierung des Magister/Diplom/Lehramt-Studiums zum zweistufigen Bachelor/Master(BA/MA)-System, das seit 2002 im Hochschulrahmengesetz verankert (HRG §19) ist. Dabei soll die Übergangsquote von Bachelor zu Master laut Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) der Länder bei nicht mehr als 50 Prozent liegen. Denn nur so kann bei relativ gleich bleibender Ausstattung ein deutsches Partikularziel erreicht, kann der Anteil Studierender eines Jahrgangs von 28 auf 40 Prozent erhöht werden: indem die durchschnittliche Studienzeit verkürzt wird. Die fast 3.000 BA/MA-Studiengänge (Sommersemester 2005), bilden derzeit gut ein Viertel des Lehrangebots – stellen aber nur zehn Prozent aller Studierenden. Ausführlichere Informationen, auch zu weiteren Aspekten (Modularisierung, Leistungspunktsystem, Diploma supplement, etc.), finden sich in älteren Artikeln auf der Homepage der Bildungssyndikate in der Rubrik „Materialien“.

Soziale Ungleichheit der Bildung - Bildung der sozialen Ungleichheit

Vom berausenden Klang der Chancengleichheit

Auf den ersten Blick erscheint vielen die Forderung nach Chancengleichheit in der bildungspolitischen Debatte als lobenswert und progressiv. Klassischerweise betonen die Verfechter gleicher Bildungschancen für alle Gesellschaftsmitglieder ihre Rolle als Anwälte sozialer Gerechtigkeit und tadeln die vorherrschende Ungleichheit bei der Bildungsbeteiligung der sozialen Schichten als unverträglich mit dem gesellschaftlichen Demokratieanspruch. Seitens aller demokratieidealistischen Rhetorik erweist sich der Anspruch auf Chancengleichheit jedoch als trügerische Fassade einer pervertierten Leistungs- und Konkurrenzideologie – mit einem verschobenen Verständnis von sozialer Gerechtigkeit.

Nette Versuche

Seit den 60er Jahren kam es periodisch wiederkehrend zu Phasen in der bildungspolitischen Debatte, in denen das Thema Chancengleichheit den Achsnagel der Auseinandersetzungen bildete. Gerade in den 60ern gerieten die bestehenden Ungleichheiten hinsichtlich sozialer Herkunft, Geschlecht und Region in die öffentliche Kritik. Dies ging einher mit der Diagnose eines ökonomisch unzureichenden Ausmaßes von Bildung; und so wurde ein angebliches Gerechtigkeitsinteresse mit dem Ziel der Ausschöpfung von „Begabungsreserven“ im wirtschaftlichen Interesse verbunden.

Folge war eine intensivierte Bildungsexpansion, die über die Jahrzehnte zwar die geschlechtsspezifische Ungleichheit und das Gefälle zwischen Stadt und Land anzugleichen vermochte, der zahlenmäßige Anstieg bei der Beteiligung von z.B. Arbeiterkindern in den höheren Bildungsinstanzen muss proportional dagegen als unwesentlich betrachtet werden. Ohne Zweifel stellte dies eine deutliche Verbesserung individueller Lebensmöglichkeiten dar,

doch da die Bildungsexpansion insgesamt die Beteiligung aller Schichten erhöhte – ein Ergebnis, das nicht zu unrecht als „Fahrstuhleffekt“ bezeichnet wird – änderte dies nichts an der herkunftsbedingten Ungleichheit.

Alle Maßnahmen in den folgenden Jahrzehnten, um diese Differenzen zu beheben, wie bessere Bezuschussungs- oder Betreuungsmodelle, blieben eben-



falls relativ fruchtlos und hatten lediglich prozentuale Mückenschisse in der Veränderung der Beteiligungsquoten zum Ergebnis.

Reproduktion der Ungleichheit

Ein häufig genanntes Motiv der Bildungspolitik war der Widerspruch zwischen offizieller Rhetorik und der sozialen Realität. Während der offizielle Anspruch besagt, die soziale Mobilität, also der Aufstieg aus den unteren sozialen Schichten in die höheren, müsse allein durch die Unterbeweisstellung seiner Fähigkeiten in den diversen

Schulstufen gewährleistet werden, sprechen die tatsächlichen Verhältnisse eine andere Sprache: nämlich dass die soziale Herkunft tatsächlich ein entscheidender Faktor für die Möglichkeiten weiterführender Bildungsabschlüsse und damit des sozialen Aufstiegs ist. Wie bereits erwähnt, wurde versucht, dem mit verschiedenen Rezepten zu begegnen, ohne dass sich die Situation

bis heute wesentlich geändert hätte. Die institutionalisierte Bildung stellt somit eine wesentliche Instanz bei der Reproduktion von Klassenverhältnissen und sozialen Milieus dar, was sich mit einem Blick auf die statistischen Realitäten bestätigen lässt.

Während im Elementarbereich noch keine Ausdifferenzierung nach sozialer Herkunft hinsichtlich der Beteiligung von 3- 8-jährigen festzustellen ist, entfaltet sich diese umso stärker zwischen dem Sekundarbereich I bis zur Hochschule. Obwohl die sogenannte „Ober-schicht“ noch nicht einmal 10 Prozent

der Gesamtbevölkerung stellt, repräsentierte sie im Jahre 2003 37 Prozent der bundesdeutschen Studierendenschaft in den Hochschulen. Die „untere soziale Schicht“, der je nach statistischen Kriterien zwischen 30 und 40 Prozent der Gesamtbevölkerung zuzuordnen sind, war im selben Jahr mit nur 12 Prozent vertreten.

In anderen Zahlen ausgedrückt: 81 Prozent der Kinder aus der Herkunftsgruppe „hoch“ erhielten im Jahre 2000 ihren Hochschulzugang, aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ dagegen nur 11 Prozent! Siehe Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der BRD 2003 (17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes), Berlin 2004.

Diese Selektionsstatistiken zeigen nicht nur die Ausmaße von Schichtenrekrutierungen auf, sondern weisen auch auf die Gettoisierung von Schulzweigen hin, die wesentlich die Interaktion und Kommunikation zwischen den Schichten unterbindet und damit verschiedene Milieus und Wahrnehmungen der sozialen Realitäten schafft. Noch unbehandelt in dieser Darlegung sind die Bildungschancen von Migrantenkindern, die – das sollte erwähnt sein – eine eigene Kategorie bilden und sich ganz besonders drastisch darstellen.

Problem (v)erkannt

Lange Zeit waren diese Relationen nur eine Marginalie der öffentlichen Debatte, spätestens seit PISA und Agenda 2010 rappelt es aber wieder im Karton. Allerdings erhält das Ganze unter den Vorzeichen des Sozialabbaus, zu dem ebenfalls die selektiven Konsequenzen der neuen Bildungspolitik zählen, eine besondere Note: jetzt ist es weniger die energische Forderung nach Auflösung

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung „Agenda 2010 ...“ von Seite 3

Modellprojekt in NRW (seit Wintersemester 02/03 an der Ruhr-Uni Bochum) wird dieser neuralgische Punkt noch ausgeklammert: dort können „während der Modellversuchsphase“ alle Bachelorabsolventen den M.Ed anschließen. So nimmt es nicht Wunder, dass der Direktor auf einer Institutsversammlung an der Uni Leipzig keine Antwort geben konnte: „Ich habe in zahlreichen Kommissionen mitgewirkt, aber diese Frage

hat sich noch niemand gestellt.“ Eine gewählte Repräsentantin der Studierenden beeilte sich, darauf hinzuweisen, dass so „neue Berufsbilder“ entstehen würden. Sind das vielleicht die Assistenten, Aushilfen und Aufseher des französischen Schulwesens, die dort ein Gros des Niedriglohnssektors im öffentlichen Dienst bilden? Dies entspräche der dauerhaften Variante der Ein-Euro-JobberInnen, die heute zu Tausenden nicht nur in Berliner Schulen technische und Verwaltungstätigkeiten, aber auch pädagogische Aufgaben verrichten.

Entscheidend ist, was hinten rauskommt

Viele an den Unis wollen nicht wahrhaben, was passiert, Studierende fühlen sich nicht betroffen und Staat wie Kapital ziehen eine weitere Reform durch, die „den Standort“ wettbewerbsfähig machen soll und einen Teil ihrer neoliberalen Agenda realisiert. Die Folgen liegen auf der Hand: weitere Einschränkung von Freiheiten an der Uni, wachsender Konkurrenzdruck und AbsolventInnen, deren „Humankapital“ sich künftig anhand von Credits und Supplements

noch genauer wird messen lassen. Freilich, man kann auch versuchen, sich das als Autonomie und Transparenz schön zu reden – allein, die (Hochschul-) Reformen der letzten Jahre müssten doch jedem/r eines vor Augen führen: Je desorganisierter wir, die wir keine politische Macht besitzen, auf wirtschaftlichem Gebiet sind – desto mehr wird unser Leben durch andere organisiert und bestimmt.

André Eisenstein & Stefan Wegmann
(BStLeipzig)

von Ungleichheiten, die den Kern der Debatte bildet, sondern das Bedenken, die sozialstaatlichen Umbaumaßnahmen könnten eine weitere Verschärfung der Verhältnisse herbeiführen. Und im Bewusstsein über dieses Problem sei man schließlich, bei aller Rigorosität dieser „notwendigen“ Politik, darum bemüht, die „soziale Verträglichkeit“ zu gewährleisten.

Die aktuellen Entwicklungen verweisen jedoch auf einen anderen Trend. In den 60ern und 70ern vollführte Reformen werden Zug um Zug zurückgenommen. Im Zusammenhang der allgemeinen Prekarisierung des Arbeitsmarktes können sich bereits jetzt viele trotz Jobbens kein Studium mehr leisten, während diejenigen, die auf den Nebenverdienst angewiesen sind, dank der Verschulung des Studiums immer seltener beides unter einen Hut bekommen. Die sich anbahnenden Studiengebühren drohen somit, große Teile der Bevölkerung auszuschließen, wogegen auch die Einführung eines Kreditsystems wenig helfen wird – Verschuldung ist nun mal keine erstrebenswerte Perspektive. Bereits jetzt haben die verschärften NC-Regelungen, die neuen Studiengänge und angedrohte Studiengebühren zu einer Reduzierung der Studierendenzahlen geführt: So wurden z.B. in Berlin im Wintersemester 2004/05 ca. 16 Prozent der freien Plätze nicht vergeben. Auch die Einführung von Elite-Schulen, die als Reaktion auf die „inflationäre Vermehrung“ von höheren Bildungsabschlüssen durch die Bildungsexpansion verstanden werden muss, wird deutlich zur neuerlichen Ausdifferenzierung der sozialen Ungleichheit beitragen, indem sie den oberen Statusgruppen wieder das Monopol auf die Sprungbretter zur Belle Epoque sichern werden.

Dennoch halten Bildungspolitiker an ihrem Anspruch fest, Chancengleichheit zu schaffen, sei Bedingung unserer Demokratie, wobei sie aber, sich hinter den politischen Notwendigkeiten verschanzend, darauf hinweisen, dass die ökonomischen Verhältnisse zur Zeit eben nicht mehr zulassen. Was sich darin ausdrückt, ist nicht nur das Eingeständnis, dass Bildungsungleichheit kein Resultat einer falschen bildungspolitischen Konfiguration ist, sondern

gerade – insofern dies eine soziale Frage ist – integraler Bestandteil der kapitalistischen Ordnung.

Interessanterweise gab es in den Sozialwissenschaften einige Auseinandersetzungen über Bildungsungleichheit, die fast alle eines gemeinsam haben: sie verorten das Problem niemals auf der bildungspolitischen Ebene, sondern sehen seine Ursachen



in sozialen Regulierungsabläufen. Während z.B. Humankapital- oder Integrationstheorien diese lediglich diagnostizieren und im allgemeinen die herrschenden Zustände bejahen, so legen gerade sozialkritische Ansätze nahe, wie Lösungsperspektiven aussehen: sie stellen die Systemfrage – Bildungsungleichheit, der Zustand gleicher Möglichkeiten zur Bildung, steht und fällt mit der sozialen Gleichheit.

Dilemma der Bildungspolitik

Im gesellschaftlichen Diskurs gilt die sozioökonomische Ordnung und damit die soziale Ungleichheit jedoch als gegeben und wird nicht in Frage gestellt. Sie ist angeblich legitimer Ausdruck der Leistungsgesellschaft, in der denjenigen mehr zusteht, die – nach kapitalistischen Maßstäben – mehr geleistet haben und scheinbar von größerem Wert für die Gesellschaft sind. Als erste und entscheidende Instanz dieser sozialen Ausdifferenzierung ist das Bildungssystem vorgesehen, die Menschen für die entsprechenden Positionen in der sozialen Hierarchie – gemäß

Fähigkeiten und Kenntnissen – zu sortieren.

Im Rahmen dieser Konkurrenz- und Leistungsideologie lässt sich die allseits beschworene soziale Gerechtigkeit nicht über einen gleichen Zugang zu Ressourcen definieren (soziale Gleichheit), sondern lediglich über ein chancengleiches Leistungsprinzip, dem entsprechend die Selektion auf individuellen Begabungen und nicht auf sozialen Vorteilen beruht. Da aber gerade die soziale Lage entscheidend ist für die Ausgangssituation (aufgrund von finanzieller Lage, kultureller Güter, Vorbildung, Milieumentalität, häuslicher Lernbedingungen etc.), wird von der Bildungspolitik z.B. eine bessere Ausstattung des Elementarbereichs oder gezielte Förderung von ärmeren Kindern verlangt, um dadurch die „Defizite“ schon frühzeitig auszugleichen. „Chancengleichheit besteht nicht darin, dass jeder einen Apfel pflücken darf, sondern dass der Zwerg eine Leiter bekommt“, wie es eine Arbeitsanweisung für Pädagogen so betörend zu illustrieren weiß (so Reinhard Turre, zitiert in: Detlef Träbert, Hausaufgaben sinnvoll gestalten. Hintergründe zum Thema und Tipps für Schule und Elternhaus, Köln 2002, S. 15).

Es benötigt keine große Sprungweite von Intellekt, um festzustellen, dass es sich hierbei niemals um mehr handeln kann als Augenwischerei. Die eine oder andere Maßnahme wird wohl dazu geführt haben, dass die Wirtschaft bisweilen ein wenig mehr Humankapital aus der gesellschaftlichen Menschenmasse verwerten konnte. Um jedoch nur tendenzielle Bildungsgleichheit zu schaffen, würde es annähernd gleicher sozialer Verhältnisse bedürfen. Und dies passt weder mit dem kapitalistischen Prinzip von Anreiz und Leistung zusammen, noch wäre es der Kapitalismus, der solche Zustände hervorbringt.

Zwei Seiten einer Medaille

Selbst am demokratieidealistischen Standpunkt und seinem Anspruch gemessen, haftet dem Chancengleichheitsprinzip ein bitterer Beigeschmack an. Die herkunftsbedingte Bildungsgleichheit zu attackieren und eine radikale Öffnung der höheren Bildungsinstanzen zu erzwingen, muss zwar Teil jedweden emanzipatorischen Prozesses

sein, doch wer glaubt, mit Chancengleichheit würde soziale Gerechtigkeit einhergehen, orientiert sich an einem Gerechtigkeitsmodell, das sich auf das ebenbürtige Konkurrieren um die strukturell bestimmten Rollenzuweisungen in Staats- und Wirtschaftsorganen beschränkt.

In dieser Vision vollzieht sich soziale Mobilität unabhängig der sozialen Herkunft, die Klassenstruktur selbst bleibt aber bestehen und legitimiert sich über Rekrutierungsprozesse, die sich auf rein biologische Leistungskriterien stützen (siehe hierzu Bildungssyndikat Leipzig, „Bildung von Gleichheit. Über den Standortfaktor Humankapital“, Direkte Aktion, Nr. 167, Jan./Feb. 2005). „Dumme“ Menschen gehören demnach wie selbstverständlich in den Bereich der Handarbeit, während „exzellente“ Persönlichkeiten ein Anrecht auf Prestige, Macht und Wohlstand haben – eine legitime Elite zum Wohle der Gesellschaft und zur nationalen Effizienz (so in etwa Klaus K. Urban in: „Hochbegabtenförderung und Elitenbildung“, Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/2004, 1. März 2004).

Wie dem auch sei, in jeglicher Hinsicht ist die Debatte um Chancengleichheit eingebettet in die vorherrschenden Kategorien von sozialer Ungleichheit, aus denen heraus keine Chancengleichheit erwachsen kann. Sie kann deshalb nur als Scheindebatte verstanden werden, die der Artikulation gerechter Gesellschaftskonzepte im Wege steht, weil sie vorgaukelt, soziale Gerechtigkeit ließe sich im Kapitalismus herstellen.

Die Realisierung gleicher Bildungsbeteiligung und -chancen ist eine essentielle Frage der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung. Bleiben die Maßnahmen auf die Ebene der Bildungspolitik verhaftet, handelt es sich allenfalls um kosmetische Handhaben, die zwar Ungleichheiten mehr oder minder gut zu kaschieren vermögen und der bestehenden Ordnung ein scheinbar höheres Maß an Legitimität verleihen, doch die generellen sozialen Ungleichheiten, in denen die unterschiedlichen Bildungsmöglichkeiten tatsächlich wurzeln, gelten als unverrückbar. Chancengleichheit im Kapitalismus ist und bleibt Illusion – ihre Huldigung rhetorische Besoffenheit.

Holger Marcks (Bsy Berlin)



ABONNEMENT

c/o FAU LEIPZIG
KOLONNADENSTR. 19
04109 LEIPZIG
da-abo@fau.org
http://www.fau.org

Ich will folgendes Abo haben:

- 6 Ausgaben / 1 Jahr (Euro 9,-)
- 12 Ausgaben / 2 Jahre (Euro 18,-)
- Förderabo – 12 Ausgaben (Euro 25,-)
- 6 Ausgaben Ausland / 1 Jahr (Euro 15,-)
- 12 Ausgaben Ausland / 2 Jahre (Euro 30,-)

WiederverkäuferInnen:

Schickt mir bitte _____ Ex. zum Wiederverkauf (Mind. 3 Ex.75 Cent pro Heft zzgl. Porto auf Rechnung)

2-Jahres-NeuabonnentInnen können zwischen folgenden Geschenken wählen (ankreuzen):

Lars Sjunnesson: Ostberlin



DVD:
Power and Terror
Noam Chomsky, Gespräch nach 9/11

Meine Anschrift

Vor- und Nachname

Straße/Postfach

PLZ, Ort

Für eine Handvoll Euro

Ein-Euro-Jobs an der Uni

Als am 1. Januar 2005 die Hartz-IV-Gesetze in Kraft traten, zeichneten sich die Universitäten durch beredtes Schweigen aus – freute man sich doch in einigen Personalabteilungen über neue Handlungsspielräume.

Der Grund dafür sind die „Arbeitsgelegenheiten“ gegen Mehraufwandsentschädigung (MAE), auch Ein-Euro-Jobs genannt. Sie werden von den Kommunen und/oder den Agenturen für Arbeit an Empfänger des Arbeitslosengeldes II (ALG II) zugewiesen. Die Arbeitslosen können diese „Angebote“ nicht einfach ablehnen, da ihnen sonst eine teilweise bis vollständige Sperre der Auszahlungen droht. Weil die Alternative zur Annahme des „Angebotes“ der Verlust ihrer Existenzgrundlage ist, kann hier also von einem Zwang zur Arbeit oder Arbeitszwang gesprochen werden.

Die Beschäftigten innerhalb dieses Nicht-Arbeitsverhältnisses sind weitestgehend rechtlos: es gelten zwar die Bestimmungen des Arbeitsschutzes, nicht aber die allgemeinen Regelungen im Sinne des Arbeitsrechtes, es gibt keinen Tarifvertrag und keinen Anspruch auf bezahlten Urlaub usw. Dafür sollen die JobberInnen durch ihren Arbeitgeber überwacht werden, der angehalten ist, regelmäßig Berichte für die Arbeitsagentur zu verfassen – auch wenn die Amtsaufsicht die Zügel zur Zeit relativ locker hält. Als Lohn erhalten sie in der Regel eine „Aufwandsentschädigung“ von eins-fünzig pro Stunde. Manchmal etwas mehr, eher etwas weniger.

Verwaltungs- und Qualifizierungspauschale. Die Ein-Euro-JobberInnen sollen eigentlich ausschließlich zusätzliche Tätigkeiten ausführen, die „im öffentlichen Interesse“ liegen.

Auf dem Vormarsch



Die Pioniere in Sachen Ein-Euro-Jobs waren die Universitäten Marburg und Erfurt sowie die FH Jena. Diese richteten schon Ende 2004 solche Stellen ein. An der FH Jena sind ALG II-EmpfängerInnen seither mit dem Ausarbeiten von Lehrveranstaltungen und der

Betreuung chemischer Versuche sowie mit Restaurationsarbeiten in der Uni-Bibliothek beschäftigt. An der Universität Erfurt organisieren sie Konferenzen. In Marburg sind oder waren Ein-Euro-Jobber in den Archiven, der Bibliothek, der Verwaltung und in anderen Bereichen tätig. Schon hier mag sich der Leser fragen, wo bei diesen Tätigkeiten denn die „Zusätzlichkeit“ geblieben ist, doch es kommt

noch dicker ...

Nachdem viele Universitäten im ersten Halbjahr 2005 noch vorsichtig agierten, werden es mittlerweile immer mehr, die auch ein Stück vom Hartz IV-Kuchen abhaben wollen. So arbeiten z.B. an der Universität Münster neun

ALG II-EmpfängerInnen in der Bibliothek. An der Justus-Liebig-Universität Gießen sind es drei Ein-Euro-JobberInnen, die im gleichen Bereich beschäftigt werden. In der Gießener Mensa repariert ein arbeitsloser Fahrradmechaniker Zweiräder – der Träger dieser „Ar-

beitsgelegenheiten“ abgelehnt, da der entsprechende Aufgabebereich keiner befristeten Tätigkeit entsprechen habe. In diesem Fall scheint es er nicht so eng gesehen zu haben ... Doch damit nicht genug. Eine andere an der Philipps-Universität beschäftigte ALG II-Empfängerin ist im Bereich Europäische Ethnologie als Dozentin tätig. Nach Informationen des Marburger AStA war sie zuvor im Fachbereich angestellt. Nachdem sie ihre Stelle verlor, versuchte sie sich ihrer Dissertation zu widmen. Dazu kam sie allerdings nicht, da die Marburger Agentur für Arbeit sie durch „unsinnige, aber verpflichtende Trainingsmaßnahmen massiv behinderte.“ Ihr alter Fachbereich habe ihr daraufhin diese „Arbeitsgelegenheit“ einrichten lassen, damit sie in Ruhe arbeiten könne.

Prekarisierung: keine Randerscheinung

Es sind solche Beispiele, die die inflationäre Einrichtung von Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten vorantreiben. So verständlich in einigen individuellen Situationen die Einrichtung einer solchen Arbeitsgelegenheit scheinen mag, so fatal ist diese Entwicklung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. Dadurch wird diese Form des Arbeitszwanges immer weiter legitimiert. Denn die meist von staatlichen Zuwendungen abhängigen Träger bekommen nicht mehr Geld, sondern immer billigere Arbeitskräfte. Deshalb ist von einer befristeten Zeit, in der Menschen unter solchen Arbeitsbedingungen tätig sein müssen, nicht auszugehen. Im Gegenteil: Umso widerspruchslöser die Agenturen, Kommunen und Universitäten diese Entwicklung vorantreiben können, umso mehr werden studentische Beschäftigte, DozentInnen und Angestellte mit einem wachsenden Druck durch die konkurrenzlos billigen, weil unter Zwang stehenden Ein-Euro-JobberInnen rechnen müssen. Solange bis auch die eigene Stelle wegrationalisiert wird.

ray-on (FAU Lahn/Bildungssyndikat)

beitsgelegenheit“ ist das Gießener Studentenwerk.

Mildtätiges Lohndumping

Die Vorreiter dieser Entwicklung findet man jedoch nach wie vor an der Philipps-Universität in Marburg. Hier setzt man mittlerweile mehr auf Qualität als auf Quantität. Nachdem dort im ersten Halbjahr 2005 noch 29 ALG II-EmpfängerInnen beschäftigt waren, sind es mittlerweile nur noch fünf. Dr. Viola Düwert, Pressesprecherin der Philipps-Universität, begründet dies damit, dass viele der „Arbeitsgelegenheiten“ für befristete Tätigkeiten eingerichtet worden seien. Nachdem die Arbeiten getan wären, hätte die Universität nicht mehr soviel Bedarf an Ein-Euro-JobberInnen. Die Tätigkeitsfelder der verbleibenden fünf JobberInnen sind allerdings bemerkenswert.

So arbeitet der Mediator (Konfliktberater) der Philipps-Universität, ein ausgebildeter Psychologe, für einen Euro in der Stunde. Ausgerechnet der Personalrat zeichnet für die Einrichtung dieser Stelle verantwortlich. Laut Frau Dr. Düwert „hat der Personalrat die Gelegenheit genutzt, eine solche Stelle ohne die entsprechenden Kosten einzurichten. In der jetzigen Haushaltssituation wäre es ansonsten nicht zu der Schaffung einer solchen Stelle gekommen.“ In anderen Fällen habe der Personalrat die Einrichtung von



Für die chronisch unterfinanzierten und autonomen Universitäten ist dies natürlich ein sehr verlockendes Angebot, um ihre Personaldecke kostenlos aufzustocken. Zusätzlich verbleiben den Trägern aus der Vergütung für die MAE-Stellen ca. 300 Euro als



Direkte Aktion
c/o FAU Dortmund
Braunschweiger Str. 22
44145 Dortmund

V.i.S.d.P.: Stephan Hagemes

Verlageigene Sonderseiten
September/Oktober 2005

Studieren geht über Studieren ...

... auf das „Wie“ kommt es an ...

Bildung ist mehr als das, was Studierende in den Seminaren vorgesetzt bekommen. Was es genau ist, und wie weit man bereit ist, sich zu bilden, können keine Marktforscher, keine Rankings und keine Lehrpläne entscheiden – auch in Zeiten von Verschulung und Vermarktung nicht. Was man lernen möchte, entscheidet man immer noch selber. Die Frage ist nur, ob man das dann auch tut, oder sich anderen „Sachzwängen“ unterwirft.

Die Idee der „Selbstorganisierten Seminare“ (SoS) bzw. der „Studiengruppen“ ist eigentlich ganz einfach: Bildungswillige (keineswegs nur Studierende) setzen sich zusammen, um gemeinsam das zu lernen, was sie interessiert. Neu ist die Idee nicht. Zum einen beruft sich diese „Tradition“ auf die Volks- oder Volkuniversitäten der 80er Jahre und die Diskutier-Clubs im Gefolge von 1968, zum anderen gab es aber natürlich tatsächlich immer Studierende, die sich zum Lernen zusammensetzten.

Ganz so einfach wie Letzteres ist es aber nicht: wie z.B. der Begriff der „Volkuniversität“ schon andeutet, geht es um mehr, als dass Studierende gemeinsam für eine Prüfung pauken. Studiengruppen und SoS haben den Anspruch, für alle offen zu sein, und sind somit von vorneherein nicht nur auf Studierende angelegt. Interessanterweise ist selbstorganisierte Bildung im Allgemeinen kein rein studentisches Phänomen, sondern lässt sich historisch gerade in der ArbeiterInnenbewegung ausmachen: das Konzept von Arbeiterbildungsvereinen oder Volksbildungshäusern, die einen wesentlichen Teil der syndikalistischen Bewegung ausmachten, wurde stets als Mittel der Selbstbefreiung begriffen.

So weit, so scheinbar einfach. Aber es geht um mehr: sich seine Inhalte selber auszusuchen, nicht konsumierend vor einem Lehrenden zu sitzen, die Inhalte zu bearbeiten, die an der Universität evtl. nicht angeboten werden. Dazu gehört auch, das Ganze offen zu gestalten und evtl. erzielte Ergebnisse in Konsequenz auch zu publizieren.

Es ist bundesweit (Berlin, Leipzig) aber auch international (Kopenhagen, Wien) zu beobachten, dass studentische Proteste mit dem erhöhten Bedürfnis einer kritischen Bildung einhergehen. Erste Studiengruppen sind oftmals „alternative Streikseminare“, die wie Pilze aus dem Boden schießen und meist nach Beendigung der Proteste weiterarbeiten.

Sicherlich gehen solche Projekte auch mit entsprechenden Problemen einher. Das beginnt schon bei der angestrebten „gleichberechtigten“ Mitarbeit:



gemeinsam Marx, Kropotkin oder Bordieu lesen, schön und gut, aber wenn eine Musikstudentin mit einer Studiengruppe Noten lesen will, ist die Gruppe von ihrer Vermittlung abhängig. Unterschiedliche Wissensstände sind oftmals ein Problem auch „vergeistigter“ Studiengruppen: Selbstverständlich hat die Promovierende mehr gelesen als die Erstsemesterin. Endgültig wird sich diese Problematik nicht lösen können, aber Tipps gibt es dazu: Erstens sollten Studiengruppen nicht zu groß sein (lieber aufteilen und zwei Studiengruppen etablieren), zweitens einigermaßen homogen in der Fragestellung und dem Wissensdurst.

Zweites Problem: Terminfindung. Wollen sich mehr als zwei Studierende treffen – das kennen alle von Referatsgruppen –, hat mindestens eine Person keine Zeit. Bei „Studiengruppen“ geht das Problem noch weiter: schon immer war vielen Studierenden das scheinfähige Seminar wichtiger als die inhaltlich wertvollere und lehrreichere Studiengruppe. U.a. wurde versucht, diesem Problem beizukommen, indem Studiengruppen in verschiedenen Orten und an verschiedenen Fakultäten als scheinfähig anerkannt wurden – dies fand sogar in verschiedenen früheren Studienordnungen Eingang, aber auch ohne ließ sich oftmals eine freundlich gesonnene Lehrkraft finden, die Hausarbeiten entgegennahm. „Leistungsnachweise erwerben“ sollte aber nicht Hauptzweck eines SoS oder einer Studiengruppe sein – und auch die Anknüpfung an Leistungsstrukturen, von denen man sich eigentlich lösen will, bleibt kritisch zu betrachten.

In Zeiten des Bologna-Prozesses

und damit eines meist stringenteren Lehrplans radikalisiert sich das Problem, denn die Teilnahme an Studiengruppen kann äußerst selten mit dem Bachelor-Lehrplan in Einklang gebracht werden. Und die Leistungsnachweise erscheinen angesichts eines Bezahlstudiums, sei es nun das SPD-Studienkonten-Modell oder das CDU-Studiengebühren-Modell, noch prioritärer gegenüber dem individuellen Lerninteresse.

Diese Darlegungen machen eins klar: Studiengruppen haben einen immens „politischen“ Charakter. Im Gegensatz zu Straßendemonstrationen und den meist halbgaren „Streiks“ machen sie deutlich, dass hinter der Parole „Bildung ist keine Ware“ mehr steckt als Zahlungsunfähigkeit für diese Ware. Kein Wunder, dass die Inhalte entsprechend sind und eine wesentliche Aufgabe übernehmen, die der Wissenschaft zukäme, die sie aber weniger und weniger erfüllt: Kritik. Studiengruppen hatten in der Vergangenheit immer einen öffentlichen und kritischen Charakter: Die diskutierten Inhalte wurden in Veranstaltungen und Artikeln präsentiert, manchmal werden aus Studiengruppen auch politisch aktive Gruppen, wie z.B. in Münster die „Gruppe B.A.S.T.A.“ (www.gruppe-basta.de)

Dem Konzept sind kaum organisatorische Grenzen gesetzt: Blockseminare oder wöchentliche Treffen, das Einladen von ReferentInnen, deren Texte man wieso gerade las oder die Diskussion ohne Text wie auch die reine Textexegese (beliebt bei Marx-Lesezirkeln) ... und, um allem die Krone aufzusetzen: interdisziplinäre Treffen aller Studiengruppen!

Bildungssyndikat Münster

Föderation der Bildungssyndikate

Bildungssyndikat Berlin
Straßburger Str. 38, 10405 Berlin • Tel.
030/28700804 • bsy-b@fau.org • Mailingliste für regelmäßige Informationen und Ankündigungen: E-Mail an bsy_bln_fau@yahoo.de • Treffen: 1. und 3. Mittwoch des Monats, 20 Uhr

Bildungssyndikat Duisburg
Tel.: 0179/3258648 • Fax: 01212/511029174
• E-Mail: fauedu@fau.org • www.fau-duisburg.de

FAU Lahn/Bildungssyndikat
c/o Infoladen Gießen, Alter Wetzlarer Weg 44,
35392 Gießen • faugi@arcor.de •
faugi2@fau.org • Treffen: jeden Montag um
20 Uhr im Infoladen Gießen.

Bildungssyndikat Leipzig
c/o FAU-IAA Leipzig, Kolonnadenstr. 19,
04109 Leipzig • sy.bi.le@gmx.de •
Tel./Fax:0341/2246650 • Präsenzzeiten:
Mittwochs 17-18 Uhr in der Libelle, Kolonnadenstr.19

Bildungssyndikat Münster
c/o Infoladen "Bankrott", Emma-Goldman-Zentrum, Dahlweg 64, 48153 Münster • Tel.
0251/9742469 • bsy-ms@fau.org

Bildungssyndikat Osnabrück
c/o FAU-IAA Osnabrück, Postfach 1925,
49009 Osnabrück • fauos@fau.org • Treffen:
jeden Donnerstag ab 19 Uhr im Café Mano Negra (Alte Münze 12)

Kontaktstellen und Gründungsinitiativen:

BSy-Kontaktstelle Bonn, c/o FAU-IAA Bonn,
Wolfstr. 10 HH, 53111 Bonn • Tel.
0228/9637775 • faubn@fau.org

BSy-Kontaktstelle Bremen, c/o FAU-IAA Bremen,
Postfach 105674, 28056 Bremen •
fauhb@fau.org • www.fau-bremen.de

BSy-Kontaktstelle Düsseldorf, Postfach 10 24
04, 40015 Düsseldorf • Tel.: 0179/3258648 &
Fax: 01212/511029174 • bsy-d@fau.org •
<http://www.free.de/asti/bsyd/bsy.htm>

BSy-Kontaktstelle Halle, c/o FAU - Halle, c/o
Ludwigstraße 37, 06110 Halle/Saale •
fauhal@fau.org

BSy-Kontaktstelle Hamburg, c/o FAU-IAA
Hamburg, Fettstr. 23, 20357 Hamburg • Tel.
040/4322124 • fauhh@fau.org

FAU Hannover - Initiative Bildungssyndikat,
Kornstrasse 28-30, 30167 Hannover •
fauh10@fau.org

Initiative Bildungssyndikat Konstanz
www.sybiko.de

FAU München, BSy-Kontaktstelle München,
Schwanthalerstraße 139 (Rg), 80339 München • Tel.: 0173/4048195 • fauam@fau.org

weitere Kontakte findet Ihr auf
www.fau.org/ortsgruppen
immer aktuell auf: www.bildungssyndikat.de

Direkte Aktionen

Anregungen für eine kämpferische Praxis

Der Ausgangslage

bewusst sein

1 Die Möglichkeiten, individuelle und kollektive Anliegen durchzusetzen, sind im Bildungsbereich recht verschieden. Ob Lernende, Lehrende, Angestellte in Wissenschaft und Verwaltung oder Arbeitskräfte im Unterbau und Ein-Euro-Jobber – ihre möglichen Druckmittel ergeben sich aus ihrem Verhältnis zum Einrichtungsbetrieb und ihrer angewiesenen Rolle darin. Während Beschäftigte noch eine relative ökonomische Macht besitzen und dadurch zu verschiedenen Mitteln des Arbeitskampfes greifen können, verfügt die große Masse der Lernenden über keinerlei Druckmittel dieser Art, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen – sofern sie nicht zusätzlich einer Arbeit in diesem Bereich nachgehen. Oft neigen sie deshalb zu symbolischen und medienwirksamen Protesten, um indirekt mit Appellen und hergestellter Öffentlichkeit die politischen Entscheidungsträger für ihr Anliegen zu gewinnen. Dabei bieten sich auch im Rahmen der eigenen Möglichkeiten effektive Aktionsformen an – im Zusammenhang einer direkten und solidarischen Interessenpolitik.

Interessen erkennen

2 Das Beispiel der Studierenden zeigt, wie Interessenslagen häufig fehlinterpretiert werden. Zwar lässt sich durchaus in Angelegenheiten des Lernbetriebs ein gemeinsames Interesse finden, was die bildungspolitischen Verhältnisse aber für die Einzelnen bedeuten, hängt von ihrem sozialen Hintergrund ab. So ist in Fragen von sozialer Dimension, insbesondere selektiver Rahmenbedingungen, ein breiterer Konsens bei der Einschätzung möglich, jedoch die Dringlichkeit zum Handeln individuell verschieden.

Ausgehend von einem studentischen Teilinteresse, wird das Abweichen vom Minimalkonsens des Protestes häufig als Spaltung oder Radikalismus gebrandmarkt. Aufgrund der stark heterogenen Zusammensetzung der Studierenden sind dadurch gerade die wirklich Betroffenen verhindert, ihre legitimen Interessen energisch zu vertreten. Durch das Fehlen einer solidarischen Unterstützung ist es notwendig, dass sie sich unabhängig von Mehrheiten zum Handeln zusammenschließen – über das studentische Milieu hinaus.

Keine Teilidentitäten

3 Die Interessensgrenzen verlaufen nicht zwischen den Statusgruppen im Bildungsbereich, sondern überschneiden sich und bilden sich innerhalb die-

ser: Zum einen über die soziale Lage der Einzelnen (z.B. Lohnabhängigkeit), zum anderen über ihren alltäglichen Kampf gegen die bestehenden Verhältnisse. Durch die Anerkennung der Spaltung in Statusgruppen wird die Entstehung einer Gegenmacht verhindert, die Errungenschaften verteidigen und Zustände verändern könnte.

Wie das Beispiel des Berliner Tutorienstreiks 1986 zeigt, entsteht ein beachtlicher Druck, solange Solidarität und Widerstand quer durch die Statusgruppen existieren. Die Druckmittel, die Lehrende, Angestellte und Arbeitende im infrastrukturellen Bereich besitzen, werden mit der quantitativen Stärke von Lernenden zu einer machtvollen Synthese. Hierin findet sich eine Perspektive, wie die notwendigen Druckpotentiale entwickelt werden können, um Erfolge zu erzielen.

Der lange Weg des Organisierens

4 Die regelmäßig aufkommenden Proteste gegen die Bildungspolitik zeigen zwar, welche Kräfte Menschen entfalten können, aber auch, wie diese katastrophal ins Leere laufen und einst hart erkämpfte Errungenschaften nach und nach flöten gehen. Deshalb sollten wir nicht nur auf sporadisch aufflammenden Protest und Kampagnen setzen, sondern in Bewegung bleiben, uns organisieren – entlang der Alltagsprobleme – und zwar langfristig.

Solidarität und gegenseitige Hilfe können nicht einfach temporär (z.B. für Streiks) beschlossen werden, sondern entwickeln sich täglich neu in der Praxis. Bei aller Mühseligkeit ist es wichtig, den langen Weg des Organisierens zu beschreiten – gemeinsam, unabhängig von Statusgruppen und überregional. Hiermit schaffen wir eine Kontinuität, durch die verbindliche Solidaritäten entstehen und die den Rückgriff auf Erfahrungswerte aus den Alltagskämpfen ermöglicht, um letztlich den ganz großen Wurf zu landen.

Praktiziere den Alltagskampf!

5 Ob Lehrende oder Lernende – wer es satt hat, seine Funktion in diesem Apparat zu erfüllen und einer menschenwürdigeren Vorstellung von Bildung anhängt, kann, wenn er sich organisiert, die mechanischen Abläufe angreifen und damit einen Teil zur Verbesserung des Alltags beitragen. In jedem Fall ist es wichtig, die Umsetzung repressiver Schul- und Studienbestimmungen dort zum Fiasko zu machen, wo sie sich realisieren: Im Lern- und Lehrbetrieb selbst.

Durch Methoden der Verweigerung,

Sabotage oder Ausübung von kollektivem Druck auf ausführende Autoritäten lassen sich zum einen formalisierte Kontrollinstrumente (restriktive Anwesenheitspflichten und wissenschaftliche Zwangsjacken, selektive Scheine, Benotung und Auswahlverfahren etc.) wirksam abwehren und zum anderen Demütigungspraktiken und Konkurrenzverhalten aushebeln. Im weiteren ließe sich eine Umgestaltung direkt innerhalb der Lehr- und Lerngruppen erzwingen – durch die selbstbestimmte Wahl von Inhalten, Unterrichts- und Umgangsformen.

Das Konzept „Streik“

6 Selbstverständlich streiken SchülerInnen und Studierende nicht im originären Sinne, da sie – zumindest in ihrer Lernendenrolle – keine Arbeitskraft verweigern und damit ökonomischen Druck ausüben können. Dennoch bieten Lernendenstreiks wichtige Ansätze für eine kämpferische Praxis: Durch die Einstellung des Lehr- und Lernbetriebs werden Kapazitäten mobilisiert, um sich den eigentlichen Aktionen großflächig und gemeinsam zu widmen, während Strukturen der Kommunikation und Koordination geschaffen werden. Zudem bieten sie einen erweiterten Raum, Bildung selbst zu gestalten und die eigenen Konzepte zu probieren und praktizieren.

Ein neuerlicher Streik müsste jedoch anders organisiert sein: Von unten nach oben, indem z.B. die Diskussionsprozesse und Beschlüsse in die einzelnen Vollversammlungen verlegt und in den gemeinsamen zusammengetragen werden. Er darf weder von ASten gelenkt, noch von Politgruppen vereinbart werden. Vor allem muss er sich auf eine deutlich breitere Basis aktiver Beteiligten stellen, in den Forderungen und Methoden klar, direkt und entschlossener sein. Bei all dem bleibt es dabei, dass wirkliche Druckpotentiale nur durch den solidarischen Schulterschluss mit den Beschäftigten entwickelt werden.

Zum Beispiel: Druckmittel an der Uni

7 Anders als bei Beschäftigten sind die Möglichkeiten von Lernenden zu wirkungsvollen direkten Aktionen begrenzt,

aber dennoch vorhanden. Eine Form findet sich in der Besetzung und Blockade wirtschaftlich relevanter Institute mit erhöhtem Drittmittelaufkommen, die in einer engen Kooperation mit Wirtschaft und Staat stehen und ihnen direkt oder indirekt zuarbeiten. Unterbrechungen können hier zu einer kostenintensiven Verzögerung bei Produktionsprozessen führen. Ein weiterer neuralgischer Punkt bietet sich in der Verwaltung. Gerade die Blockade des Verwaltungsbereiches kann als effektiv und direkt gelten, trifft sie doch oftmals den Bereich, in dem das vorgeht, was bekämpft werden soll.

Ein anderes Thema: Studierende als JobberInnen

8 Studierende sind oft von Nebenjobs abhängig – diese sind häufig schlecht bezahlt, unsicher und tariflich unregelt. Im Gastronomie- und Pflegebereich z.B. spielen sie eine gewichtige Rolle, und hier haben Studierende somit auch die Möglichkeit zu direkten ökonomischen Aktionen – bis hin zum Streik. Dies ist zwar nicht direkt bildungspolitisch relevant, jedoch für unsere Lebensverhältnisse und die Fortsetzung des Studiums von Bedeutung. Gewerkschaftliches Engagement gegen unsichere Arbeitsverhältnisse und Lohnkonkurrenz ist zudem im Interesse aller Lohnabhängigen. Daher ist es zweckmäßig, sich als studentische mit anderen LohnarbeiterInnen gemeinsam am Arbeitsplatz zu organisieren.

Sich selber kollektiv bilden

9 Hochschulen sind da, um aus Menschen „Humankapital“ zu machen: Sie bilden aus. Kollektive und individuelle Lerninteressen bleiben dabei auf der Strecke. Genau deshalb sind in fast allen studentischen Protestzyklen selbstorganisierte Lerngruppen mit meist alternativen Inhalten entstanden und haben sich teilweise über Jahre gehalten.

Es ist allerdings keineswegs nötig, auf die nächste Protestwelle zu warten, um „selbstorganisierte Seminare“, „Studiengruppen“ oder „Offene Universitäten“ zu gründen: Jede Hochschule hat zwei Vorteile, nämlich zum einen Bibliotheken und zum anderen die Kontaktmöglichkeit zu anderen Wissensdurstigen. Dabei ist das Lernen in kollektiven Strukturen genauso wichtig wie die Wahl des Themas. Denn indem wir unseren alternativen Strukturen im Kleinen die Form geben, die wir uns wünschen, entsteht das Gepräge einer neuen Gesellschaft.

Zum Titelbild: Im Mai 1998 landete die CNT-FAU (Bildungssyndikat an der Uni) einen großen Medien-Coup, als sie Daniel Cohn-Bendit an der Uni Nanterre tortete. DCB, 68er-Revolutzer und mittlerweile EU-Parlamentarier, sollte am historischen Ort über den „Mai 68“ sprechen. Die CNT-FAU verhinderte, dass dieser Machtpolitiker sich im Glanz einer Revolte sonnen konnte, die er schon längst ad acta gelegt hat. Keine Macht für niemand!